



Petition 137868

Einkommensteuer - Berücksichtigung der Gasumlage als absetzbare Sonderausgabe beim Lohnsteuerjahresausgleich

Text der Petition	Im Zuge der anstehenden Erhöhung der Gasumlage in der Höhe von 2,4 Cent pro Kilowattstunde (kWh) wird eine Erleichterung für die privaten Zahler über u. a. den Lohnsteuerjahresausgleich gefordert.
Begründung	Die Beheizung von Wohngebäuden würde seit vielen Jahren durch Entscheidungen der Politik beeinflusst und bestimmt. Jegliche Beheizung sei es Holz, Strom, Öl, Fernwärme oder Gas sollte den Aspekten der Nachhaltigkeit, Umweltgerechtigkeit oder wirtschaftlichen Ansprüchen genüge tun. Von daher ist es dem Verbraucher nicht unmittelbar möglich, seine persönliche Heizungsart unmittelbar zu bestimmen und frei zu entscheiden, zumal viele Faktoren vom Angebot z.B. Fernwärme und den aktuell politischen Entscheidungen z.B. Braunkohle oder Kernkraftausstieg abhängt. Die Gasumlage betrifft nur ca. 50 % der Privatanutzer. Aus meiner Sicht kann es nicht sein, dass diese Umlage im Zuge der Gasknappheit und steigenden Gaspreise nur durch 50 % der Energienutzer für Heizungen gezahlt wird. Ich bitte darum ausdrücklich neben einer Erleichterung durch Bezuschussung spezieller Nutzergruppen auch alle anderen Haushalte/ Nutzern u. a. ggf. über Sonderausgaben im Zuge des Lohnsteuerjahresausgleiches gleichbehandeln und gerecht zu entlasten. Vielen Dank.